

Kiel, 16. Oktober 2015

Nr.: 08 /2015

## Aus dem Landtag (36. Tagung 14. bis 16. 10. 2015)

### Flüchtlingssituation in Schleswig-Holstein

Erneut und diesmal einen ganzen Plenar-Tag lang hat sich der Landtag mit der Flüchtlingsproblematik beschäftigt. Zahlreiche Anträge aus allen Fraktionen lagen dazu vor. Unter dem Strich waren sich alle Fraktionen in einem einig: Wir schaffen das! Allerdings – auch darüber herrschte Einigkeit – stößt man angesichts der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen zunehmend an Grenzen bei der Unterbringung und Versorgung. Alle außer der CDU-Fraktion lehnen sogenannte Transitzonen, in denen Menschen in solche mit und solche ohne Bleibeperspektive sortiert werden, ab.

Ministerpräsident Albig nannte zu Beginn der Debatte die aktuelle Situation die größte Herausforderung Deutschlands seit der Wiedervereinigung. Tausende von Flüchtlingen aufzunehmen, verlange allen viel ab; man müsse auch Defizite ertragen. Er wies den Vorwurf der Realitätsverweigerung vehement zurück; er habe mehrfach Aufnahmelager und Unterkünfte besucht. Der MP räumte ein, dass es möglicherweise „auch Zelte für den Winter“ geben werde. Er habe sich noch vor einem Jahr eine solche Situation nicht vorstellen können. Doch sei dies keine Entwicklung, vor der wir uns als Gesellschaft ängstigen müssten. Wenn auf 1.000 Einwohner 18 Flüchtlinge kämen, dann werde sich das Land nicht im Kern verändern.

Albig kündigte an, dass mit einem Wohnraumförderungsprogramm 20.000 zusätzliche Wohnungen geschaffen und für kurzfristige Unterkünfte 50 Mio. Euro zur Verfügung gestellt würden. Der Sprachunterricht für Kinder und Jugendliche werde erweitert, mehr Kita-Plätze geschaffen. Die Gesundheitskarte für Flüchtlinge werde Anfang Januar eingeführt. Es würde Hunderte zusätzlicher Lehrerstellen im DaZ-Bereich und an allgemeinbildenden Schulen geben. Zum Thema Abschiebungen sagte der MP, dass diejenigen, die kein Bleiberecht haben, auch zurückgeführt würden. Dies würde „humanitär, vernünftig und menschlich verantwortlich“ getan.

#### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner warnte vor negativen oder gar rassistischen Tönen. „Die Aufgabe von Politik muss darin bestehen, die Ängste nicht zu vergrößern, aber die konkreten Probleme – die es ohne Zweifel gibt – zu lösen.“ Er verlangte eine Lösung auf europäischer Ebene, denn auf Dauer könnten wir nicht – fast im Alleingang mit Schweden und Österreich – tausende Flüchtlinge in Tagesfrist aufnehmen, anständig unterbringen oder gar integrieren. Klar sei, dass nicht alle Menschen, die nach Deutschland kämen, hier bleiben könnten. Deshalb brauche man schnelle und verfassungskonforme Prüfverfahren des Bundesamtes für Asyl und Migration. Die rechtlichen Bedingungen für eine legale Einwanderung müssten angepasst werden.

Bereits am 30. September hatte die Landesregierung mit den Kommunen ein Verfahren zum Umgang mit den Flüchtlingszahlen vereinbart. Es wurden drei Arbeitsgruppen zu den Themen Wohnungsbau, Finanzierung und Integration eingerichtet. Diese sollen konsensfähige Vorschläge erarbeiten. Der Ministerpräsident sagte gegenüber den an dem Arbeitsgespräch teilnehmenden Landräten, Bürgermeistern und Kommunalverbänden zu, dass die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel von 670 Euro pro Flüchtling entsprechend der Aufgaben verteilt würden.

Alle Reden können als Video hier abgerufen werden: [www.landtag.ltsh.de/plenumonline/ptv.html](http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/ptv.html)

Rede des Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner: [www.spd.ltsh.de/presse/integration-ist-herausforderung-und-chance-das-ziel-ist-zusammenhalt](http://www.spd.ltsh.de/presse/integration-ist-herausforderung-und-chance-das-ziel-ist-zusammenhalt)

Täglich aktualisierte Informationen zur Flüchtlingssituation:

[www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/\\_startseite/Artikel/FluechtlingeSH.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/_startseite/Artikel/FluechtlingeSH.html)

Fakten zur Flüchtlingspolitik:

[www.spd.ltsh.de/sites/default/files/basisinfo-fluechtlinge-le-u.pdf](http://www.spd.ltsh.de/sites/default/files/basisinfo-fluechtlinge-le-u.pdf)

Neu eingerichtetes Landesportal für Flüchtlinge (in verschiedenen Sprachen) und Helfer:

[www.willkommen.schleswig-holstein.de](http://www.willkommen.schleswig-holstein.de)

## Lehrkräftebesoldung

Die Regierung hat ein Gesetz zur Änderung der Lehrkräftebesoldung in den Landtag eingebracht. Ziel ist für alle neuen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen das Einstiegsgehalt A 13, und für frühere Hauptschullehrerinnen und -lehrer, die an Gemeinschaftsschulen unterrichten, soll der Wechsel von A 12 nach A 13 ermöglicht werden. Damit haben rund 2.400 Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen die Chance, das Gleiche zu verdienen wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die eine Ausbildung zur Realschullehrkraft haben. Das ist ein großer Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit bei der Lehrerbesoldung.

Die SPD vertritt nach wie vor das Ziel, alle Lehrkräfte gleich zu besolden, auch diejenigen an Grundschulen. Doch in allen Bundesländern erhalten diese A 12. Schleswig-Holstein als finanzschwaches Bundesland, das Konsolidierungshilfen erhält, kann hier nicht vorpreschen. Wir werden jedoch bei den Fraktionen und Regierungen der anderen Bundesländer für ein gemeinsames Vorgehen in unserem Sinne werben.

Die Rede des bildungspolitischen Sprechers Martin Habersaat:

[www.spd.ltsh.de/presse/ungerechtigkeiten-schrittweise-beseitigen](http://www.spd.ltsh.de/presse/ungerechtigkeiten-schrittweise-beseitigen)

## Pestizide in Gewässern und Anwendung von Glyphosat

Auf Antrag der Koalition hat Umweltminister Habeck im Landtag über Pestizidrückstände in Gewässern berichtet. Außerdem setzt sich der Landtag auf Antrag der Koalition für ein Moratorium bei der Verwendung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat ein.

Pestizide, Herbizide und Fungizide werden in der Landwirtschaft intensiv eingesetzt und gelangen in Flüsse, Seen und Bäche und auch ins Grundwasser. An 36 % der 387 Messstellen im Land kam in vier Jahren mindestens ein Befund vor. Selbst Wirkstoffe, die schon seit Jahren verboten sind, wurden festgestellt, was darauf hindeutet, dass diese Wirkstoffe sehr langlebig sind und uns noch Jahre und Jahrzehnte belasten. Es gibt also klaren Handlungsbedarf, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. Ob eine Steuer auf diese Mittel geeignet ist bzw. wie man das Ziel erreichen kann, soll im Umweltausschuss des Landtages erörtert werden.

Kürzlich hat die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation den Wirkstoff Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Schon davor gab es eine ganze Reihe von Studien, die auf schädliche Wirkungen von Glyphosat auf Bodenorganismen, Bodenfruchtbarkeit sowie auf die Gesundheit und Reproduktionsleistung bei Nutztieren hindeuten. Doch Glyphosat ist der weltweit mit Abstand am häufigsten eingesetzte Wirkstoff in der Pflanzenbehandlung. Allein in Deutschland werden jährlich etwa sechstausend Tonnen dieser Substanz angewendet. In der EU steht eine Entscheidung über die weitere Zulassung des Wirkstoffs bevor. Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass ein weitgehendes Moratorium für Herbizide mit dem Wirkstoff Glyphosat in der EU ausgesprochen wird. Und falls eine Neuzulassung erfolgt, sollen die Anwendungsgebiete für Glyphosat stark eingegrenzt, z. B. jede Anwendung im Haus- und Kleingartenbereich sowie der freie Verkauf in Bau- und Gartenmärkten verboten werden.

Bericht des Umweltministers zu Pestizidrückständen: [www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/V/Presse/PI/2015/1015/MELUR\\_151014\\_Pflanzenschutzmittel.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/V/Presse/PI/2015/1015/MELUR_151014_Pflanzenschutzmittel.html)

Rede der umweltpolitischen Sprecherin Sandra Redmann zu Pestiziden: [www.spd.ltsh.de/presse/der-einsatz-von-pflanzenschutzmitteln-muss-reduziert-werden](http://www.spd.ltsh.de/presse/der-einsatz-von-pflanzenschutzmitteln-muss-reduziert-werden)

Rede der agrarpolitischen Sprecherin Kirsten Eickhoff-Weber zu Glyphosat: [www.spd.ltsh.de/presse/sichere-alternative-anbaumethoden-gezielt-erforschen](http://www.spd.ltsh.de/presse/sichere-alternative-anbaumethoden-gezielt-erforschen)

## Termine

„Den Wandel aktiv gestalten! Gemeinsam für eine Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume“ am Donnerstag, 5. November 2015, um 19 Uhr im Dorfhaus zur Mühle, Sievershütten

Regionaldialog „Humanität aus Überzeugung – Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein“ am Dienstag, 10. November 2015, 19:00 Uhr in Lübeck, Europäisches Hansemuseum

Informationen zu beiden Veranstaltungen: [www.spd.ltsh.de/termine](http://www.spd.ltsh.de/termine)